Aus aktuellem Anlass

Rico Chaskel*, Michael Getzner*, Alexia Fürnkranz-Prskawetz*, Regina T. Riphahn* und Kurt Schmidheiny*

Zugang zu Forschungsdaten in den D-A-CH-Ländern: Eine Vermessung der (Un-)Zufriedenheit

https://doi.org/10.1515/pwp-2023-0050

Zusammenfassung: Umfassender Zugang zu relevanten Daten ist eine wesentliche Voraussetzung für exzellente Forschung und evidenzbasierte Wirtschaftspolitik. In diesem Beitrag sind die Ergebnisse gleichlautender Erhebungen der drei wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zur Zufriedenheit mit der Dateninfrastruktur unter Forschenden zusammengefasst. Die Zufriedenheit ist bestenfalls befriedigend, von einer exzellenten Ausstattung mit Daten sind die drei Länder noch weit entfernt. Die wesentlichen Probleme sehen die Befragten in der nicht ausreichenden Qualität und Aktualität, im ungenügenden Umfang und in der Unregelmäßigkeit der Daten. Zusätzlich fehlt häufig eine Verknüpfbarkeit bestehender Daten aus unterschiedlichen Quellen. Neben der dadurch beeinträchtigten Forschung hat eine ungenügende Dateninfrastruktur weitreichende Implikationen: Evidenzbasierte Politik- und Planungsentscheidungen im öffentlichen wie im privaten Sektor werden erschwert. Dies hat erhebliche Bedeutung für das Vertrauen in politische Entscheidungen und damit für die künftige politische Entwicklung insgesamt.

JEL-Klassifikation: C80, A19, K39

Schlüsselwörter: Datenzugang, Datenverknüpfbarkeit

1 Daten als Grundlage für Wirtschaftsforschung und evidenzbasierte Wirtschaftspolitik

Gute Forschung braucht gute Daten. Dieser Beitrag ist der Frage gewidmet, ob Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen in Deutschland, Österreich und der Schweiz Zugang zu guten Daten haben. Dass gute – also reichhaltige, aktuelle, korrekte – Daten entscheidend für den Erfolg wissenschaftlicher Bemühungen sind, ist inzwischen bekannt: Im internationalen Wettbewerb um die überzeugendsten Untersuchungen haben beispielsweise die skandinavischen Länder einen erheblichen Vorteil, da die dortigen reichhaltigen Registerdaten Forschung ermöglichen wie sonst kaum irgendwo (Smith Jervelund und De Montgomery 2020). Und Nagaraj und Tranchero (2023) zeigen eindrücklich, dass die Einrichtung von Forschungsdatenzentren des Zensusbüros in den Vereinigten Staaten die Wahrscheinlichkeit erhöht, (a) dass Forschende mit den dort bereitgestellten administrativen Daten arbeiten, (b) dass ihr Publikationserfolg in den besten Zeitschriften der Volkswirtschaftslehre um 24 Prozent steigt, (c) dass sie neue Forschungsthemen aufgreifen und (d) dass ihre Forschung deutlich an politischer Relevanz zulegt.

Zugang zu guten Forschungsdaten ist aber nicht nur zentral für wissenschaftliche Exzellenz, sondern auch für die Evidenzbasierung politischer Entscheidungen. Ohne

***Kontaktpersonen: Rico Chaskel**, Verein für Socialpolitik, Mohrenstraße 59, 10117 Berlin und Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10117 Berlin, E-Mail: rico.chaskel@socialpolitik.org. https://orcid.org/0000-0002-3076-3792
Michael Getzner, Technische Universität Wien, Karlsgasse 11, 1040 Wien, Österreich, E-Mail: michael.getzner@tuwien.ac.at. https://orcid.org/0000-0003-1088-2652
Alexia Fürnkranz-Prskawetz, Technische Universität Wien, Wiedner Hauptstraße 8/105-03, 1040 Wien und Vienna Institute of Demography, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Dr. Ignaz Seipel Platz 2, 1010 Wien, Österreich, E-Mail: afp@econ.tuwien.ac.at. https://orcid.org/0000-0002-2850-6682
Regina T. Riphahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg, E-Mail: regina.riphahn@fau.de
Kurt Schmidheiny, Universität Basel, Peter Merian-Weg 6, 4002 Basel, Schweiz, E-Mail: kurt.schmidheiny@unibas.ch. https://orcid.org/0000-0001-7637-7451

Open Access. © 2024 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

gute Daten ist gute empirisch abgestützte Politikberatung nur schwer möglich. Dafür gibt es viele Beispiele:

- In der Corona-Pandemie mussten zur Information der deutschen Bundesregierung Erhebungen beispielsweise aus Großbritannien herangezogen werden, weil deutsche Evidenz nicht ausreichend verfügbar war. Man wusste, dass die britische Situation nicht übertragbar war, und hielt doch verlässliche Studien aus dem Ausland für nützlicher als alles, was mit deutschen Daten abbildbar war (ExpertInnenrat 2022).
- Ohne detaillierte Informationen können Umverteilungs- oder Unterstützungsmaßnahmen in Krisenzeiten nicht zielgenau ergriffen werden. Ineffiziente Instrumente, wie Deutschland sie mit den Coronahilfen für Unternehmen und der Gaspreisbremse einsetzte, sind teurer, als es nötig wäre, um die gegebenen Ziele zu erreichen (ExpertInnenkommission Gas und Wärme 2022, SVR 2023 Ziffer 531 und 554).
- Eine strukturierte Ex-post-Evaluation und damit die Schaffung wirtschaftspolitischer Evidenz für künftige Entscheidungen sind auf die Verfügbarkeit von verlässlichen und informativen Daten angewiesen.
- Auch die Replizierbarkeit, ein wichtiges Element wissenschaftlicher Qualitätskontrolle, ist auf die prinzipielle Zugänglichkeit von Daten angewiesen.

Belastbare Daten sind aber nicht nur für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bedeutsam. Die wissenschaftliche Begleitung sozial-ökologischer Transformationen bedarf einer breiten Palette an Daten aus den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen: Diese reichen von Klimamodellen auf allen Maßstabsebenen (lokal bis global) über Transformationspfade bis hin zur Ressourcen- und Bodenverfügbarkeit sowie der Erfassung von Ökosystemleistungen. Die aus Sicht der Wirtschaftspolitik (einschließlich der Klima-, Biodiversitäts-, Sozial- und Bodenpolitik) notwendige Integration von Daten in interdisziplinären Datenbanken zeigt die Herausforderungen, vor denen die Bereitstellung von Daten für die Forschung grundsätzlich steht.

Die Anforderungen an Daten für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere an administrative (Register-)Daten, sind vielfältig: Neben der Regelmäßigkeit der Erhebung, der Verfügbarkeit (Längs- und Querschnittsdaten) und notwendigen Differenzierungen (Granularität) sind dies vor allem auch die Verlässlichkeit, Repräsentativität und Validität der Daten. Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik bedarf hierbei auch entsprechender rechtlicher Grundlagen und Rahmenbedingungen. So werden für die vielen staatlichen Aufgaben (von der Steuererhebung über die Gesundheitsverwaltung bis hin zu intragouvernementalen Finanzbeziehungen) die entsprechenden Datengrundlagen entsprechend dem Legalitätsprinzip auf gesetzlicher Basis erhoben.

Auch die Nutzung der Daten für die Forschung selbst sowie die Verknüpfung der umfassenden Datenbestände für möglichst breite und umfassende wirtschafts- und sozialpolitische Analysen brauchen entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Datenzugang, die Datensicherheit und den Datenschutz (vgl. Crato und Paruolo 2019).

Um den Status Quo des Forschungsdatenzugangs zu erheben und ländervergleichend Stärken und Schwächen beschreiben zu können, haben sich die wirtschaftswissenschaftlichen Fachgesellschaften im D-A-CH-Raum (der Verein für Socialpolitik VfS, die Nationalökonomische Gesellschaft NOeG und die Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik SGVS) zusammengefunden und in den drei Ländern eine einheitliche Befragung ihrer Mitglieder zu deren Zufriedenheit mit dem Datenzugang im jeweils eigenen Land durchgeführt. Die Befragungen beruhen im Wesentlichen auf demselben Fragenkatalog (vgl. Anhang 2), sodass ein Vergleich der Antworten zwischen den drei Ländern möglich ist.

Da in allen drei Ländern politische Initiativen darauf zielen, den Forschungsdatenzugang zu verbessern, können wir so Hinweise zum relevanten Bedarf ableiten. Dies könnte helfen, das Forschungsdatengesetz in Deutschland auszugestalten, die Weiterentwicklung des Austrian Micro Data Center (AMDC) in Österreich voranzutreiben und den Aufbau einer gesonderten Infrastruktur für den Registerdatenzugang in der Schweiz zu beschleunigen.[1]

2 Charakterisierung der Befragungsteilnehmenden

Die Umfrage wurde von den drei Fachgesellschaften in der ersten Jahreshälfte 2023 mittels eines Online-Fragebogens per Lamapoll durchgeführt. Die Durchführung der Erhebung in den drei Ländern unterschied sich teilweise in der Herangehensweise. Während die deutsche und die schweizerische Fachgesellschaft nur ihre Mitglieder per E-Mail und personalisiertem Link zur Befragung einluden, kontaktierte

1 Auf Basis der Erhebung hat der Verein für Socialpolitik sechs Stellungnahmen mit Detailempfehlungen in den Forschungsbereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit, Makroökonomik, Regionalökonomik und Unternehmensforschung erstellt. Diese sind online verfügbar unter www.socialpolitik.de/ vfs_stellungnahmen_daten. Kurzfassungen erschienen im November 2023 in der Zeitschrift *Wirtschaftsdienst* (DOI: 10.2478/wd-2023-0201).

die österreichische Fachgesellschaft alle in ihrer Mailingliste registrierten Personen und bat diese, den unpersönlichen Link zur Umfrage auch an andere potenziell Interessierte weiterzugeben. Die deutsche und die österreichische Umfrage konnten wahlweise auf Deutsch oder auf Englisch beantwortet werden, während die schweizerische Umfrage nur auf Englisch durchgeführt wurde. Weitere Details zu den Erhebungen und den nationalen Unterschieden sind in Anhang 1 dargestellt.

Im Ergebnis wurden in den drei Ländern 496 (Deutschland), 67 (Österreich) und 164 (Schweiz) Fragebögen vollständig ausgefüllt. Die Rücklaufquote vollständig ausgefüllter Fragebögen liegt damit insgesamt bei knapp 14 Prozent.[2] Das erste Panel in Tabelle 1 zeigt, dass in allen drei Befragungen der Anteil der an Universitäten oder Hochschulen Beschäftigten dominiert: Mehr als 70 Prozent der Teilnehmenden in Deutschland und der Schweiz sowie 60 Prozent in Österreich sind dort beschäftigt. An Forschungsinstituten arbeiten in Deutschland und Österreich etwa 20 Prozent der Befragten. Der Anteil ist in der Schweiz weniger als halb so hoch. Hier ordnen sich mehr Personen der Kategorie „Sonstiges“ zu.

Das zweite Panel in Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Antwortenden über die Karrierestufen. In der deutschen Befragung ist mehr als die Hälfte der Befragten als Professorinnen und Professoren tätig. In den anderen Ländern beträgt deren Anteil etwa 35 Prozent. Insgesamt sind etwa 25 Prozent im Mittelbau (die Karrierephase nach der Promotion) angestellt. In der Schweiz ist der Anteil der Promovierenden unter den Antwortenden mit knapp 27 Prozent besonders hoch. Außer in Österreich (dort 10,5 Prozent) haben sich nur sehr wenige emeritierte oder pensionierte Personen beteiligt.

Der höhere Anteil von Professorinnen und Professoren an den Befragten in Deutschland könnte Unterschiede in den Antworten verursachen. Wir haben deshalb die Antworten auch separat nur für Professorinnen und Professoren und nur für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler (promovierend und Mittelbau) ausgewertet. Die Ergebnisse unterscheiden sich nur unwesentlich von der Auswertung aller Befragten (nicht tabelliert).

Das dritte Panel in Tabelle 1 zeigt den Anteil der befristet Beschäftigten. In Österreich sind fast 78 Prozent der Antwortenden unbefristet beschäftigt, während dies in Deutschland und der Schweiz nur für 69 und 49 Prozent zutrifft.

Tabelle 1: Charakteristika der Befragten

Häufigkeit in Prozent	Deutschland	Österreich	Schweiz
Panel 1: Ort der hauptsächlichen Beschäftigung			
Universität/Hochschule	70,43	59,70	71,88
Forschungsinstitut	19,92	23,88	7,50
Sonstige	9,65	16,42	20,62
N	487	67	160
Panel 2: Karrierestufe der Befragten			
promovierend	11,43	7,46	26,83
Mittelbau	25,10	34,33	21,95
Professor:in	51,63	34,33	35,37
emeritiert	3,67	10,45	2,44
Sonstige	8,16	13,43	13,41
N	490	67	164
Panel 3: Befristeter vs. unbefristeter Anstellungsvertrag			
befristet	31,32	22,03	50,63
unbefristet	68,68	77,97	49,37
N	463	59	158

Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen; der komplette Fragebogen findet sich in Anhang 2.

Zusätzlich wurde abgefragt, in welchem Forschungsgebiet sich die Befragten verorten und mit welchen Datensätzen die Befragten in den vergangenen 10 Jahren bereits gearbeitet haben (vgl. Abbildungen A1 und A2 im Anhang). In allen drei Ländern ordnet sich ein erheblicher Anteil der Befragten der Angewandten Mikroökonomik und Arbeitsmarktökonomik zu. In der Schweiz ist ein relativ hoher Anteil aus der Finanzwissenschaft zu beobachten. Darüber hinaus gibt es in allen drei Ländern noch starke Gruppen im Bereich Makroökonomik und Statistik/Ökonometrie.

Die Befragten in allen drei Ländern scheinen Erfahrung im Umgang mit einer Vielzahl von Datensätzen zu haben (vgl. Abbildung A2 im Anhang): Mehr als 40 Prozent geben jeweils an, mit Makrodaten, selbst erhobenen Daten, Befragungsdaten und administrativen Mikrodaten gearbeitet zu haben.

3 Bewertung des Datenzugangs

3.1 Subjektive Zufriedenheit mit dem Datenzugang

In den Erhebungen der drei Fachgesellschaften wurde in verschiedenen Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Datenzugang im jeweiligen Land (Deutschland, Österreich, Schweiz) gefragt.

2 Der Verein für Socialpolitik ist eine Vereinigung des deutschen Sprachraums. Ökonominnen und Ökonomen aus Österreich und der Schweiz sind deshalb häufig Mitglied in ihrer jeweiligen Fachgesellschaft und zugleich im VfS. Diese Mitglieder haben deshalb unter Umständen an mehr als einer der drei Umfragen teilgenommen. Jede der drei Umfragen bezog sich auf die jeweiligen nationalen Daten und Rahmenbedingungen; die Umfrage des VfS bezog sich dabei explizit nur auf die Situation in Deutschland und den Zugang zu deutschen Daten.

Insbesondere in Deutschland und Österreich sind die Forschenden nicht zufrieden mit dem Datenzugang. Während in der Schweiz 57 Prozent der Befragten angeben, mit den Zugangsmöglichkeiten zu den Daten eher oder sehr zufrieden zu sein, liegt dieser Anteil in Deutschland bei nur 34 Prozent und in Österreich bei knapp 32 Prozent (Abbildung 1). In allen drei Ländern, insbesondere wiederum in Deutschland und Österreich, wird die Einschränkung des Datenzugangs mit beträchtlichen negativen Folgen für den Forschungserfolg assoziiert (Abbildung 2). So geben nur 39 Prozent der Befragten in der Schweiz an, dass ihr Forschungserfolg gar nicht oder wenig unter den Datenzugangsbeschränkungen leidet. Für Österreich gilt dies für nur 30 Prozent bzw. für 27 Prozent in Deutschland.

In allen drei Ländern geben mehr als 60 Prozent der Befragten an, dass durch Restriktionen im Datenzugang in den vergangenen 10 Jahren nicht alle Projekte wie geplant durchgeführt werden konnten (Abbildung A3 im Anhang). Dies spiegelt sich auch darin wider, dass die Mehrheit der Befragten angibt, bereits mit „Nicht-D-A-CH-Daten“ gearbeitet zu haben (Abbildung A4 im Anhang), und dass ein „wesentlicher Grund dafür – neben der Forschungsfrage und dem Publikationserfolg – das Fehlen von Daten in den D-A-CH-Ländern sei (Abbildung A5 im Anhang).

Es zeigt sich außerdem, dass der Datenzugang über alle drei Länder hinweg als schlechter als in vergleichbaren Ländern wahrgenommen wird. Ungefähr die Hälfte der Befragten in der Schweiz (52 Prozent) und etwa drei Viertel der Befragten in Österreich (72 Prozent) und Deutschland (78 Prozent) sehen dies voll oder eher so (Abbildung 3). Dadurch wird es auch als schwieriger wahrgenommen, im internationalen Forschungswettbewerb mitzuhalten (Abbildung 4) – eine Einschätzung, die vor allem wieder stärker von Befragten in Deutschland und insbesondere in Österreich vertreten wird. Nicht zuletzt führten Datenzugangsprobleme in der Vergangenheit für eine Mehrheit der Befragten dazu, dass konkrete Forschungsfragen nicht erforscht werden konnten (Abbildung A6 im Anhang). Letztlich wird auch die Politikberatung dadurch aus Sicht der Teilnehmenden erschwert (Abbildung 5).

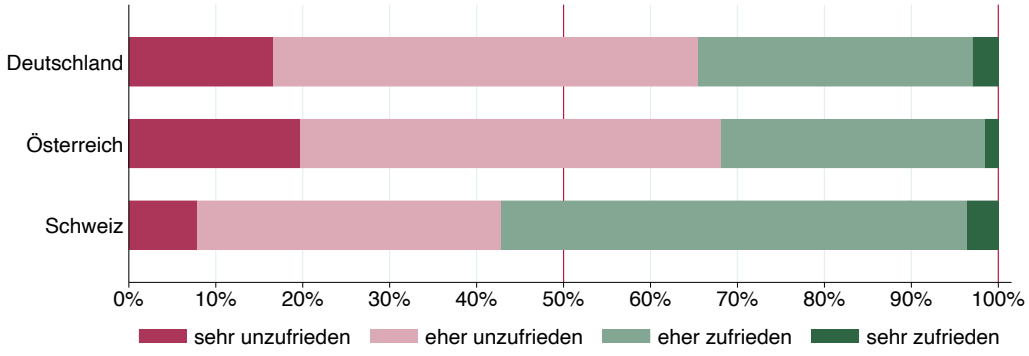

Abbildung 1: „Wie zufrieden sind Sie mit den Zugangsmöglichkeiten zu Daten in D/A/CH?“
Anmerkung: Frage 6 in der Befragung, N = 482 (D), 66 (A), 140 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

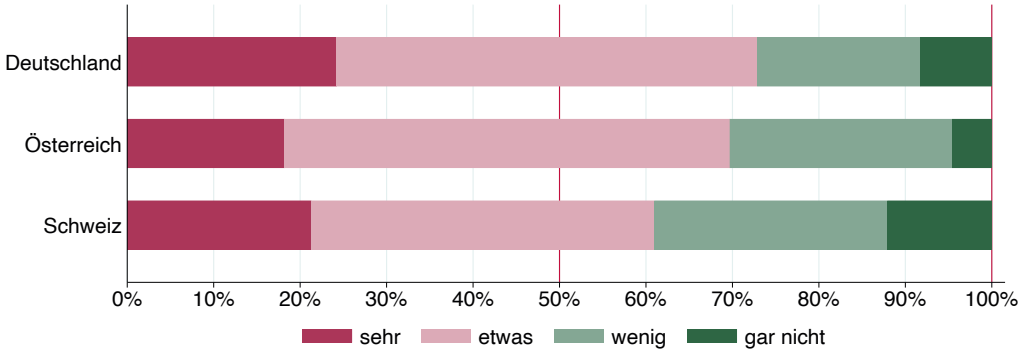

Abbildung 2: „Leidet Ihr Forschungserfolg unter Einschränkungen beim Zugang zu D/A/CH-Daten?“
Anmerkung: Frage 7 in der Befragung, umgekehrte Antwortreihenfolge, N = 483 (D), 66 (A), 141 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

3.2 Allgemeine Einschätzungen

Neben der allgemeinen (Un-)Zufriedenheit der Befragten mit dem Datenzugang und der Datenverfügbarkeit erschloss die Befragung in den drei Ländern die Problembereiche, mit denen sich Forschende beim Datenzugang bereits konkret auseinandersetzen mussten. Abbildung 6 zeigt, dass die Datenprobleme im Durchschnitt vor allem darin bestehen, dass die für die Forschungsfragen notwendigen Daten nicht bereitgestellt werden oder nicht in der notwendigen Detailschärfe vorhanden sind (jeweils rund 60 Prozent nennen diese Mängel). Dabei muss die Bereit-

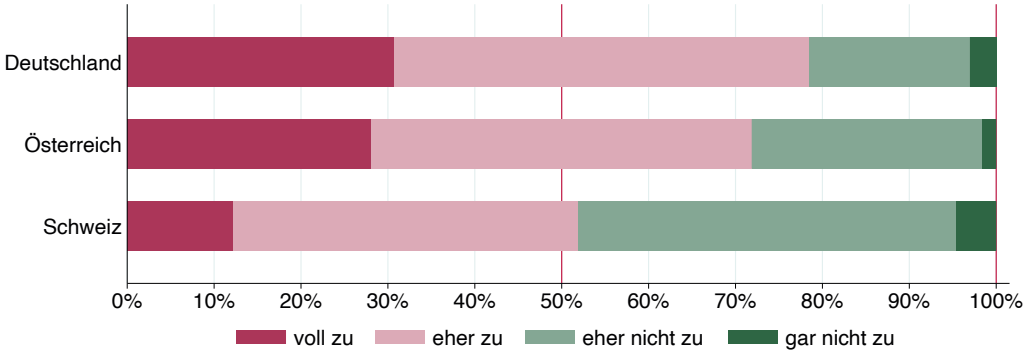

Abbildung 3: „Der Datenzugang für die Forschung in D/A/CH ist schlechter als in vergleichbaren Ländern." Ich stimme …
Anmerkung: Frage 12 in der Befragung, N = 465 (D), 64 (A), 131 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

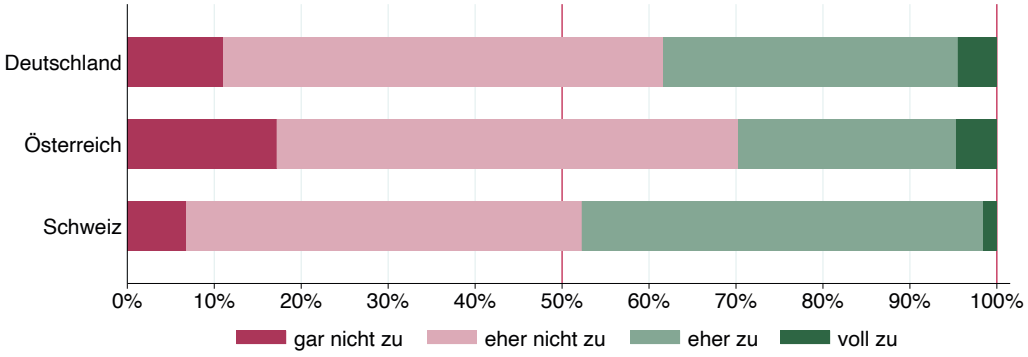

Abbildung 4: „Der Datenzugang für die Forschung in D/A/CH erlaubt es, im internationalen Forschungswettbewerb mitzuhalten." Ich stimme …
Anmerkung: Frage 13 in der Befragung, umgekehrte Antwortreihenfolge, N = 469 (D), 64 (A), 132 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

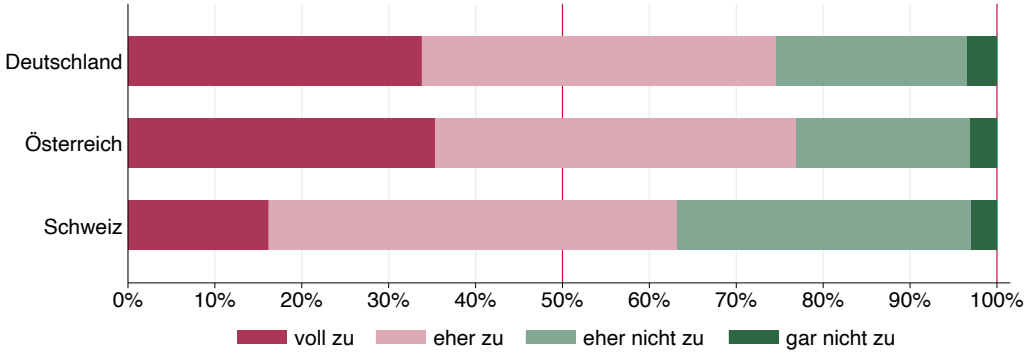

Abbildung 5: „Der Datenzugang für die Forschung in D/A/CH erschwert es, relevante und aktuelle Politikberatung zu fundieren." Ich stimme …
Anmerkung: Frage 14 in der Befragung, N = 465 (D), 64 (A), 131 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

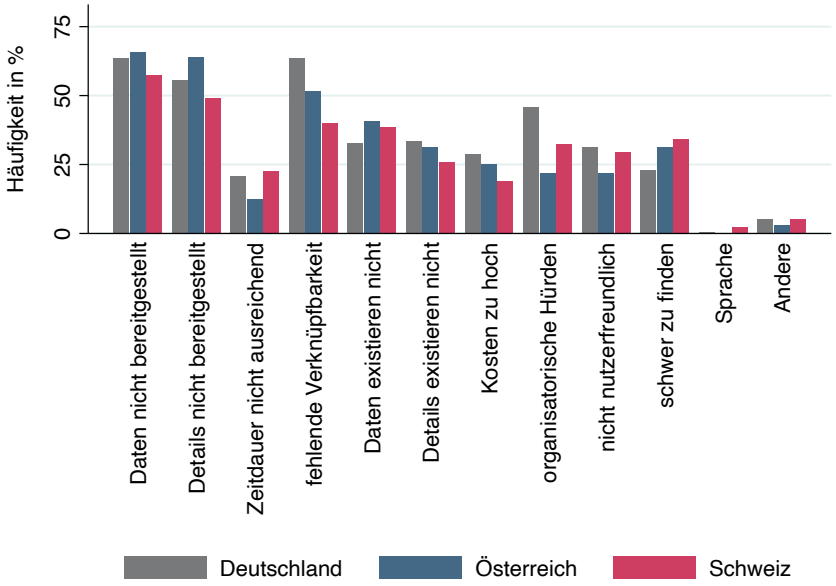

Abbildung 6: Welches Problem beim Datenzugang hatten Sie bereits?
Anmerkung: Frage 17 in der Befragung, N = 463 (D), 64 (A), 132 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

stellung von der Existenz von Daten unterschieden werden: Durchschnittlich etwa 40 Prozent der Befragten sehen die Nichtexistenz von Daten als Problem.

Während fehlende Daten in allen drei Ländern in ungefähr ähnlicher Häufigkeit als Probleme benannt werden, ist die fehlende Verknüpfbarkeit in den einzelnen Ländern deutlich unterschiedlich. Deutsche Befragte nennen die fehlende Verknüpfbarkeit von Daten zu mehr als 60 Prozent als Hemmnis für ihre Forschung, wobei in Österreich und vor allem in der Schweiz die Befragten ein deutlich geringeres diesbezügliches Problem hatten. Eine deutlich unterschiedliche Einschätzung haben die Befragten in den drei Ländern auch bezüglich des organisatorischen Aufwands für den Datenzugang: Hier sind die deutschen Befragten wesentlich kritischer und bemängeln die hohen organisatorischen Hürden der Datenbeschaffung (vgl. Abbildung 6).

Jenseits der konkreten eigenen Erfahrungen bietet Abbildung 7 einen Überblick über die Einschätzung der Befragten zu den drei wichtigsten Mängeln beim Datenzugang. Knapp mehr als 30 Prozent der Befragten nennen die Nichtexistenz der notwendigen Daten – der Anteil unter den Schweizer Befragten ist etwas höher. Vor allem aber nennen die Befragten die fehlende Verknüpfbarkeit und die fehlenden Zugriffsmöglichkeiten. Hierbei sind die Einschätzungen der Befragten in den einzelnen Ländern ebenfalls unterschiedlich. Neben fehlender Verknüpfbarkeit und fehlenden Zugriffsrechten nennen die deutschen Befragten am häufigsten die Datenschutzauflagen und organisatorischen Hürden; in Österreich folgen ebenfalls Datenschutzauflagen und die Kosten des Datenzugangs. Befragte aus der Schweiz sehen im Ländervergleich größere Probleme in der Nichtexistenz der notwendigen Daten.

4 Konkreter Bedarf der Forschenden

Wenngleich der Bedarf der Forschenden in den drei betrachteten Ländern ähnlich ausfällt, hängt die aus Sicht der Befragten notwendige Weiterentwicklung stark von der nationalen Ausgangssituation ab. Dies spiegelt sich auch in den offenen Antworten wider (vgl. Fragen 19 und 20, Anhang 2). Im Folgenden erläutern wir darauf aufbauend, welche konkreten Verbesserungen in der Dateninfrastruktur erstrebenswert sind.

Deutschland

In Deutschland ist die Weiterentwicklung der Forschungsdateninfrastruktur mit der Einrichtung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten im Jahr 2004 institutionalisiert worden. Seither wurde im Rahmen restriktiver gesetzlicher Regelungen eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur mit separaten Forschungsdatenzentren errichtet. Die aktuelle Befragung hat ergeben, dass diese Struktur im heutigen internationalen wissenschaftlichen Umfeld dem Bedarf der

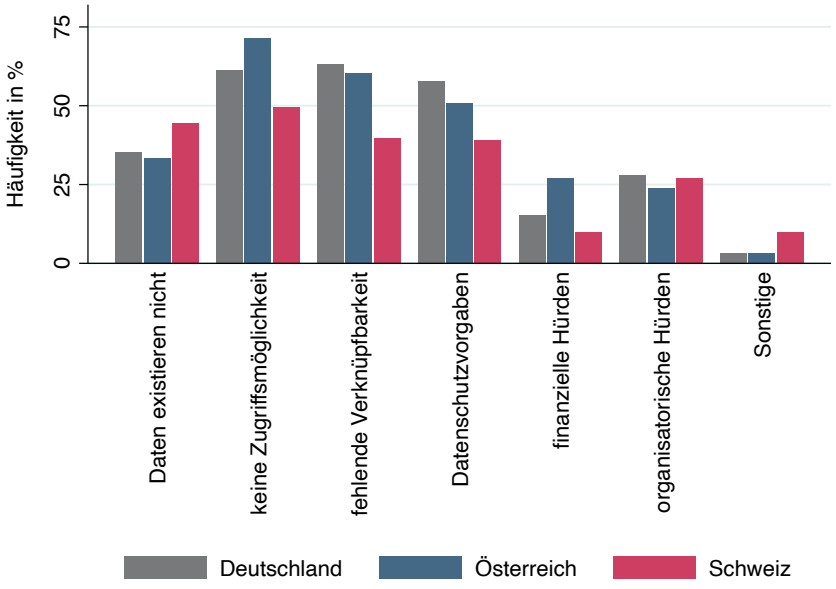

Abbildung 7: Welches sind die aus Ihrer Sicht bis zu drei wichtigsten Mängel beim Datenzugang in D/A/CH?
Anmerkung: Frage 18 in der Befragung, N = 467 (D), 63 (A), 133 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

Forschenden nicht mehr ausreichend gerecht wird. Jetzt müssen die gesetzlichen Regelungen angepasst werden. Hierbei stehen die folgenden Aspekte im Vordergrund.

Ein zentrales Anliegen der Befragten in Deutschland ist die Verknüpfbarkeit von Mikrodaten. Dieser stehen gesetzliche Regelungen und das Fehlen von Identifikationsnummern verschiedener Quellen entgegen. Dies behindert die Forschung in vielen Arbeitsgebieten erheblich. Das betrifft nicht nur die Verknüpfung von Datenquellen der öffentlichen Hand untereinander (zum Beispiel Register der amtlichen Statistik und Daten der Sozialversicherungen), sondern auch von Daten aus Erhebungen und von Unternehmen. Erforderlich ist die Einführung einheitlicher Identifikationsnummern für Personen, Betriebe und Unternehmen. Zusätzlich muss der Zugang wissenschaftlicher Forschung zu öffentlichen Verwaltungs- und Registerdaten übergreifend geregelt werden; ein Forschungsprivileg sollte so ausgestaltet sein, dass erlaubt ist, was nicht verboten ist – statt wie derzeit umgekehrt.

Eine weitere große Herausforderung ist die zersplitterte Anwendung von Datenschutzregeln in Deutschland: Hier sind bundeseinheitliche und rechtskreisübergreifende Regelungen erforderlich, die das Forschungsprivileg berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sollten pauschale Löschungsfristen zurückgenommen werden, damit wichtige Informationsquellen nicht unwiederbringlich verloren gehen.

Die deutschen Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik können – vermutlich aufgrund fehlender Ausstattung – vorhandene Daten nicht aktuell bereitstellen und fehlende Daten nicht in der erforderlichen Breite erheben. Deshalb müsste die amtliche Statistik durch einen expliziten Forschungsauftrag gestärkt werden und ihre Arbeitsweise nach internationalem Vorbild verstärkt am Output orientieren. Moderner Datenzugang erfordert Remote-Desktop-Datenzugang für die Wissenschaft; um dies zu ermöglichen, müssen auch die gesetzlichen Grundlagen angepasst werden. Auch Löschungsauflagen insbesondere bei Hilfsmerkmalen sind zu überdenken.

Im Rahmen ihrer Datenstrategie plant die deutsche Bundesregierung, ein Forschungsdatengesetz auf den Weg zu bringen. Dieses sollte ein Zeugnisverweigerungsrecht für Forschende und ein Beschlagnahmungsverbot bei wissenschaftlichen Einrichtungen einführen. Gerade für die deutsche Wissenschaft ist Eile geboten. Im benachbarten Ausland, einschließlich Österreich und der Schweiz, sind in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte beim Forschungsdatenzugang erzielt worden. An den dabei eingerichteten Datentreuhänderstrukturen, welche die Muster in den skandinavischen Ländern replizieren, kann sich die in Deutschland zu schaffende Dateninfrastruktur insbesondere auch für Register- und Verwaltungsdaten orientieren. Um den Rückstand auf internationale Vorbilder nicht zu groß werden zu lassen, sind in Deutschland erhebliche Anstrengungen dringend erforderlich.

Österreich

In Österreich wurde mit dem seit 1. Juli 2022 existierenden Austrian Micro Data Center ein Datenzugang zu verknüpften (pseudonymisierten) Individualdaten geschaffen. Dem AMDC gingen längere Bemühungen einer Reihe prominenter Forschungsinstitutionen (siehe registerdaten.at) voraus. Erst nach der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage gelang es, das AMDC bei Statistik Austria einzurichten (vgl. Schwarz et al. 2020). Die Verknüpfung von Daten zwischen Registern, zwischen Registern und Umfragen sowie zwischen Registern und Experimenten erlaubt methodisch rigorose Untersuchungen mit dem Ziel, vielfältige Wirkungsmechanismen zu entdecken.[3] Positiv anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch die Errichtung des neuen Austrian Socio Economic Panel (ASEP) in Österreich. Parallel zum ASEP (das als Langzeitpanelbefragung geplant ist) wird auch ein ASEP-Registerdatensatz aufgebaut.[4]

Das AMDC ist ein wichtiger Schritt zur Erschließung von Forschungsdaten. Doch noch immer nennen die österreichischen Befragten vor allem die fehlende Verknüpfung von Daten sowie die teilweise hohen Kosten des Datenzugangs. Ohne konkrete Forschungsförderung (zum Beispiel durch den Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds WWTF[5] und die Österreichische Akademie der Wissenschaften ÖAW[6]) ist es für Forschende häufig finanziell nicht möglich, die vom AMDC zur Verfügung gestellten Daten für ihre Forschungsfragen zu nutzen.

Als konkreter Bedarf in Österreich ergibt sich daher, dass die vorhandenen Daten (vor allem Register- und Individualdaten) besser verknüpft werden. Insbesondere sollten Steuer- und Gesundheitsdaten von den entsprechenden Ministerien ins AMDC eingepflegt werden. Die rechtliche Basis für die Hinzunahme von weiteren Daten wäre gegeben. Ministerien könnten durch eine einfache Verordnung auf Basis des Forschungsorganisationsgesetzes (FOG), BGBl. Nr. 341/1981 weitere Bundesregister einbringen. Weitere Bedürfnisse sind sicherlich auch der bessere Zugang zu allen Registerdaten der öffentlichen Hand sowie die Schaffung neuer und die Erweiterung existierender Register. Um den Bedürfnissen der Wissenschaft gerecht zu werden, bedarf es aber auch einer langfristigen Forschungsförderung und Forschungsinfrastruktur.

Schweiz

In der Schweiz besteht mit dem Bundesstatistikgesetz bereits eine gesetzliche Grundlage für den wissenschaftlichen Zugang zu Verwaltungsdaten auf Individualebene und deren Verknüpfung. Dem Bundesamt für Statistik (BFS) steht seit 2006 exklusiv das Recht zu, Daten verschiedener Verwaltungseinheiten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie Forschungsdaten der Wissenschaft oder privatwirtschaftliche Daten miteinander auf Individualebene in pseudonymisierter Form zu verknüpfen. Es erstaunt deshalb nicht, dass Schweizer Forschende die fehlende Verknüpfbarkeit nicht als größten Mangel beim Datenzugang sehen (Abbildung 7), grundsätzlich zufriedener mit dem Zugang zu Forschungsdaten sind (Abbildungen 1 bis 3) und diesen als weniger erschwerend für die Forschung bewerten (Abbildung 4 und 5) als Forschende in Deutschland und Österreich.

Der Schweiz fehlt es jedoch anders als Deutschland und Österreich an einer gesonderten Infrastruktur für den Forschungsdatenzugang (vgl. Swerts et al. 2020). Das BFS hat in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, den Zugang zu verknüpften Verwaltungsdaten zu verbessern. Forschende anerkannter Forschungsinstitute können mittels einer Datenverknüpfungsanfrage einen Zugang beantragen.[7] Das BFS hat einen gesetzlichen Auftrag für diese Aufgabe, ist aber mit ungenügenden Ressourcen nicht im geforderten Ausmaß in der Lage, solche häufig aufwändigen Anfragen zu bearbeiten und Forschende bei ihren Vorhaben zu unterstützen.

Es fehlen zudem ein gesicherter Zugang zu Forschungsdaten durch Remote Access oder zu geschützter Bearbeitung vor Ort, eine klare Regelung der Zugangsvoraussetzungen und die Etablierung von demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien mit Vertretung der Verwaltung und der Wissenschaft. Verknüpfte Personendaten müssen gemäß Bundesstatistikgesetz nach Projektablauf gelöscht werden. Dies erschwert oder verunmöglicht die Replikation der Ergebnisse durch andere Forschende. Die Einrichtung einer sicheren Langfristspeicherung von projektspezifischen verknüpften Daten wäre deshalb für die Wissenschaft sehr wichtig. Die zurzeit laufende Revision der Statistikverordnung enthält diesbezügliche Vorschläge.

Während in der Schweiz die Verknüpfung verschiedener Verwaltungsdaten des Bundes bereits sehr umfassend möglich ist, ist die Verknüpfung mit den häufig detaillierteren Daten der Kantone schwieriger, da viele Kantone aus technischen, administrativen und auch politischen Gründen

3 Vgl. https://www.registerforschung.at/.

4 Vgl. https://www.statistik.at/services/tools/services/center-wissenschaft/austrian-socio-economic-panel-asep.

5 Vgl. https://www.wwtf.at/funding/programmes/ess/#ESS22.

6 Vgl. https://www.oeaw.ac.at/foerderungen/data-research-austria.

7 Vgl. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/dienstleistungen/datenverknuepfungen/fuer-dritte.html.

nicht bereit sind, ihre Daten mit dem Bundesamt für Statistik und der Forschung zu teilen. Viele Forschungsfragen lassen sich deshalb nicht mit der bestmöglichen Datengrundlage beantworten. So sind zum Beispiel die für wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung besonders aufschlussreichen kantonalen Steuerdaten bislang nur in ein paar wenigen Kantonen und auch dort nicht systematisch für die Forschung nutzbar.

Es besteht die Hoffnung, dass die oben genannte Verordnungsrevision auch in dieser Hinsicht Fortschritte bringt. Ein momentan im Auftrag des Parlaments vorbereitetes Rahmengesetz für die Sekundärdatennutzung[8] im Rahmen einer Teilrevision des Bundesstatistikgesetzes bietet die Gelegenheit, den wissenschaftlichen Zugang zu Verwaltungsdaten aller Staatsebenen auf eine klarere gesetzliche Grundlage zu stellen und die nötige Infrastruktur zu finanzieren.

5 Fazit

Ein zentrales Ergebnis der gemeinsamen Erhebung zur Datenzufriedenheit in den D-A-CH-Ländern ist, dass trotz der durchaus vielfältigen Bemühungen, der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung einen breiteren Datenzugang zu ermöglichen, nach wie vor großer Verbesserungsbedarf besteht. Die Zufriedenheit mit der Dateninfrastruktur ist bestenfalls befriedigend, von einer exzellenten Ausstattung mit Daten sind die drei Länder noch weit entfernt. Charakteristisch ist, dass in den offenen Antworten der Befragung durchwegs auf internationale Vorbilder beim Datenzugang verwiesen wird, auf skandinavische Länder, die Niederlande und Frankreich.

Dieser allgemeine Befund ist allerdings nach Ländern durchaus zu differenzieren: So schlägt sich möglicherweise die Schaffung des Austrian Micro Data Centers in einer etwas größeren Zufriedenheit der österreichischen Forscherinnen und Forscher nieder. Allerdings schätzen die Befragten in den drei Ländern die Dateninfrastruktur im eigenen Land im Durchschnitt offenbar schlechter ein als im internationalen Vergleich: Bis zu 70 Prozent meinen, dass die Lage in vergleichbaren Ländern besser sei.

Die wesentlichen Probleme deuten auch auf die Bedürfnisse der Forschung hin:

- Manche Daten sind nicht in ausreichender Qualität oder vollständigem Umfang und Regelmäßigkeit vorhanden.
- Die Verknüpfbarkeit bestehender Daten aus unterschiedlichen Quellen (zum Beispiel Einkommens-, Gesundheits- und Sozialdaten) ist in vielen Bereichen noch nicht erreicht. Dabei ist zu beachten: Forschende haben kein Interesse daran, einzelne Personen oder Unternehmen anhand von Individualdaten zu identifizieren. In der ökonomischen Forschung geht es gerade nicht um einzelne Personen, sondern um die verschiedenen ökonomischen Zusammenhänge jenseits einer individuellen Zurechnung.
- Häufig kritisiert wird die Aktualität der Daten; für Untersuchungen beispielsweise des Konjunkturverlaufs sind vielfältige Ansätze sogar in Echtzeit vorhanden, die noch nicht allgemein verfügbar sind. Die Validität von Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt lässt sich vielfach erst im Rückblick (nach Datenrevisionen) erkennen, was aktuelle Prognosen und Einschätzungen umso schwieriger macht (Getzner 2008).
- Oft erschweren auch ein komplizierter und administrativ aufwendiger Zugang zu Daten sowie hohe Kosten die Forschung.

Die genannten Probleme beeinträchtigen zum einen Forschungsinteressen und -prozesse im engeren Sinn. Die Wissenschaftsstandorte in den D-A-CH-Ländern sind für internationale Spitzenforschende weniger attraktiv als Standorte, deren Dateninfrastruktur die Forschung erleichtert. Es zeigt sich, dass die Forschenden in den D-A-CH-Ländern bevorzugt Themen beforschen, die sie im internationalen Vergleich exzellent bearbeiten können. Das sind vielfach nicht die Fragen, die für die D-A-CH-Länder von höchster Priorität sind, sondern Analysen zu Ländern, die Forschungsdaten bereitstellen.

Zusätzlich zu den Auswirkungen auf die Forschung hat eine ungenügende Dateninfrastruktur weiterreichende Implikationen. Sie erschwert oder verunmöglicht evidenzbasierte Politik- und Planungsentscheidungen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor. Ohne leicht und schnell zugängliche Dateninfrastruktur mit aktuellen Daten ist es für die Forschung nicht möglich, zeitnah empirische Evidenz über mögliche Wirkungsweisen politischer Maßnahmen zu liefern. Diese werden dann auf schwächerer Informationsbasis beschlossen, was zu weniger wirksamen oder teureren Resultaten führt.

Die Evidenzbasierung ist hierbei nicht Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung dafür, dass öffentliche und private Ressourcen effizient, effektiv und gezielt eingesetzt werden können. Dies hat eine erhebliche Bedeutung für das Vertrauen in und die Transparenz von politischen Entscheidungen und damit auch für die künftige politische Entwicklung insgesamt. Transparenz als Grundprinzip der Demokratie

8 Motion der Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats vom 14. Dezember 2022 und des Nationalrats vom 12. Juni 2023. Vgl. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=59294.

kann durch einen geregelten Datenzugang ermöglicht werden. Staat und Behörden sollten sich diesem Transparenzprinzip verpflichten. Die evidenzbasierte Fundierung politischer Maßnahmen wird damit in Zeiten von Falschmeldungen und Fehlinformationen eine wichtige Voraussetzung für hochwertige und breit akzeptierte Entscheidungen.

Die Erfahrung in allen drei D-A-CH-Ländern zeigt, dass sich mit gemeinsamen Bemühungen von Wissenschaft, Politik und Verwaltung viel erreichen lässt. Daher sind wir zuversichtlich, dass in Österreich das Austrian Micro Data Center und das Austrian Socio-Economic Panel weiterentwickelt werden, das Forschungsdatengesetz ein Meilenstein für den deutschen Datenzugang wird und die Schweiz ein Forschungsdatenzentrum mit den notwendigen Ressourcen erhält.

Danksagung: Wir danken Jakob Bauer, Thomas K. Bauer, Marius Brülhart, Martin Halla, Harald Oberhofer, Markus Schwyn, Stephan Thomsen, Sebastian Wichert und Rudolf Winter-Ebmer für hilfreiche Kommentare sowie den Teilnehmenden der Befragungen für ihre Mitwirkung.

Literaturverzeichnis

Crato, N. und P. Paruolo (Hrsg.) (2019), *Data-Driven Policy Impact Evaluation – How Access to Microdata is Transforming Policy Design*, Cham, Springer Open.

ExpertInnenrat (der Bundesregierung zu COVID-19) (2022), *Dringende Maßnahmen für eine verbesserte Datenerhebung und Digitalisierung*, 4. Stellungnahme des ExpertInnenrates der Bundesregierung zu COVID-19, veröffentlicht am 22. Januar, online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2000794/f189a6b7b0f581965f746e957db90af7/2022-01-22-nr-4expertenrat-data.pdf.

ExpertInnenkommission Gas und Wärme (2022), *Sicher durch den Winter*, Abschlussbericht vom 21. Oktober, online verfügbar unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6.

Getzner, M. (2008), Probleme von Datenrevisionen und volkswirtschaftlichen Prognosen, *Wirtschaftspolitische Blätter* 1/2008, S. 151–60.

Nagaraj, A. und M. Tranchero (2023), How does data access shape science? Evidence from the impact of U.S. Census's research data centers on economics research, *NBER Working Paper* 31372.

Schwarz, G. et al. (2020), Zugang zu Register- und Individualdaten für die wissenschaftliche Forschung in Österreich, *fteval Journal for Research and Technology Policy Evaluation* 50, S. 11–15.

Smith Jervelund, S. und C.J. De Montgomery (2020), Nordic registry data: Value, validity and future, *Scandinavian Journal of Public Health* 48(1), S. 1–4.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023), *Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren*, Jahresgutachten 2023, Wiesbaden, Statistisches Bundesamt.

Swerts, E. et al. (2020), *Accessing and Linking Data for Research in Switzerland*, Bericht der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und der Akademien der Wissenschaften Schweiz, online verfügbar unter https://www.sagw.ch/sagw/aktuell/news/details/news/bericht-zu-data-access-und-linking-schweiz-muss-aufholen.

Anhang

Anhang 1: Details zu den drei nationalen Erhebungen

Tabelle A1: Befragungszeitraum und Anzahl der Befragten

	Deutschland (VfS)	Österreich (NOeG)	Schweiz (SGVS)
Befragungszeitraum	10.1.2023 – 1.2.2023	12.4.2023 – 5.6.2023	27.4.2023 – 22.5.2023
Erinnerungsmails	20.1.2023, 26.1.2023	4.5.2023	15.5.2023
versandte Einladungen	3.497	1201	458
begonnene Fragebögen	544	80	165
davon auf Englisch	7	n.a.	165
vollständige Fragebögen Teil A	496	67	148
vollständige Fragebögen Teil B	455	67	–

Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen

Der Fragebogen für die Erhebung wurde 2022 von der Arbeitsgruppe Datenzugang des Vereins für Socialpolitik ausgearbeitet. Tabelle A1 zeigt den jeweiligen Befragungszeitraum, die Anzahl der versandten Einladungen und der vollständigen Antworten für die drei nationalen Befragungen.

Am 10. Januar 2023 wurden alle Mitglieder des Vereins für Socialpolitik erstmals in deutscher und englischer

Sprache per E-Mail eingeladen, sich an der Online-Befragung zu beteiligen. Der Befragungszeitraum war vom 10. Januar bis zum 1. Februar 2023. Am 20. und am 26. Januar wurden Erinnerungsmails versandt.

Die Befragung bestand aus einem Teil A und einem Teil B. Teil A befragte zur eigenen Person und zur Einschätzung des Datenzugangs zu *deutschen* Daten. Teil B fragte nach der Bereitschaft, in den datenbezogenen Aktivitäten des Vereins mitzuwirken.

Die Befragung der Nationalökonomischen Gesellschaft zur Einschätzung des Datenzugangs zu *österreichischen* Daten wurde zwischen dem 12. April 2023 und dem 5. Juni 2023 durchgeführt; sie enthielt geringfügige Anpassungen an die österreichischen Spezifika, unter anderem Hinweise auf den Zugang zu umfangreichen Register- und Individualdaten im Austrian Micro Data Center von Statistik Austria (STAT). Die Einladung zur Umfrage wurde am 12. April 2023 per Mailingliste der NOeG versandt. Eine Erinnerungsmail mit erneuter Einladung wurde am 4. Mai 2023 versandt. Die Umfrageseite zählte insgesamt 142 Besucherinnen und Besucher, von denen 80 die Umfrage begannen. Insgesamt 67 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beendeten den Fragebogen.

Die Befragung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik zur Einschätzung des Datenzugangs zu *Schweizer* Daten wurde Ende April und Ende Mai 2023 durchgeführt. Die Schweizer Befragung umfasste nur Teil A und wurde ausschließlich auf Englisch angeboten. Von den 458 angeschriebenen Mitgliedern füllten 148 Personen (32 Prozent) den Fragebogen vollständig aus.

Anhang 2: Fragebogen

Tabelle A2: Die Fragen im Fragebogen Teil A

Nr.	Frage	Antwortoptionen
Teil 1: Charakterisieren der eigenen Forschungsarbeit		
1	In welchem der folgenden Arbeitsgebiete verorten Sie Ihre zentralen Forschungsschwerpunkte?	Mehrfachauswahl: Angewandte Mikroökonomik; Arbeitsmarktökonomik; Außenhandel; Bevölkerungsökonomik; Bildungsökonomik; Entwicklungsökonomik; Finanzwirtschaft/Banken; Public Economics; Geldpolitik/-theorie; Gesundheitsökonomik; Industrieökonomik; Makroökonomik; Mikroökonomik; Ökonometrie/Statistik; Personalökonomik; Politische Ökonomie; Regionalökonomik; Sozialpolitik; Umweltökonomik; Verhaltensökonomik; Wirtschaftsgeschichte; Sonstiges
2	Wo sind Sie hauptsächlich beschäftigt?	Einzelauswahl: Universität/Hochschule; Forschungsinstitut; Sonstige
3	Auf welcher Karrierestufe befinden Sie sich?	Einzelauswahl: Promovierend; Postdoc/Juniorprofessur/Habilitand:in; Professor:in; Emeritiert; Sonstige
4	Haben Sie einen befristeten oder einen unbefristeten Anstellungsvertrag?	Einzelauswahl: befristet; unbefristet
5	Mit welchen D/A/CH-Datensätzen haben Sie in den letzten 10 Jahren gearbeitet?	Mehrfachauswahl Deutschland: Makrodaten; Selbst erhobene Daten (z. B. Experimente, Befragungen, web scraping); Befragungsdaten (z. B. SOEP, NEPS, Mikrozensus, EVS); Administrative Mikrodaten (z. B. von Arbeitslosen- oder Rentenversicherung); Daten aus Kooperationen mit/über Unternehmen und privaten Einrichtungen; Sonstige Daten; Keine bislang Mehrfachauswahl Österreich: Makrodaten; Selbst erhobene Daten (z. B. Experimente, Befragungen, web scraping); Befragungsdaten (z. B. Mikrozensus, SHARE, GGP, Konsumerhebung); Administrative Mikrodaten (z. B. Sozialversicherungsdaten, Arbeitslosenregister); Daten aus Kooperation mit/über Unternehmen und privaten Einrichtungen; Sonstige Daten; Keine bislang Mehrfachauswahl Schweiz: Macro data; Self-collected data (e. g. experiments, surveys, web scraping); Survey data (e. g. SAKE, SESAM, SHP, LSE); Administrative microdata (e. g. social security data ZAS); Data from cooperations with/on firms or private institutions; Other data; None so far
Teil 2: Zufriedenheit mit dem Datenzugang		
6	Wie zufrieden sind Sie mit den Zugangsmöglichkeiten zu Daten in D/A/CH?	Einzelauswahl: Sehr unzufrieden; Eher unzufrieden; Eher zufrieden; Sehr zufrieden
7	Leidet Ihr Forschungserfolg unter Einschränkungen beim Zugang zu D/A/CH-Daten?	Einzelauswahl: Gar nicht; Wenig; Etwas; Sehr

Nr.	Frage	Antwortoptionen
8	Konnten Sie in den letzten 10 Jahren Projekte aufgrund von Auflagen und Restriktionen beim Datenzugang nicht im gewünschten Umfang durchführen?	Einzelauswahl: Ja; Nein
9	Haben Sie bereits mit Nicht-D/A/CH-Daten geforscht?	Einzelauswahl: Ja; Nein
10	Welche Begründung für das Forschen mit ausländischen Daten trifft für Sie zu?	Mehrfachauswahl: Dies steigert den Publikationserfolg; Die Forschungsfrage erfordert dies; Geeignete D/A/CH-Daten waren nicht verfügbar; Ausländische Kooperationspartner:in; Aus anderen Gründen
11	„Der Datenzugang für die Forschung in D/A/CH ist sehr gut.“ Ich stimme …	Einzelauswahl: voll zu; eher zu; eher nicht zu; gar nicht zu
12	„Der Datenzugang für die Forschung in D/A/CH ist schlechter als in vergleichbaren Ländern.“ Ich stimme …	Einzelauswahl: voll zu; eher zu; eher nicht zu; gar nicht zu
13	„Der Datenzugang für die Forschung in D/A/CH erlaubt es im internationalen Forschungswettbewerb mitzuhalten.“ Ich stimme …	Einzelauswahl: voll zu; eher zu; eher nicht zu; gar nicht zu
14	„Der Datenzugang für die Forschung in D/A/CH erschwert es relevante und aktuelle Politikberatung zu fundieren.“ Ich stimme …	Einzelauswahl: voll zu; eher zu; eher nicht zu; gar nicht zu
15	Haben Sie jemals die Erfahrung gemacht, dass Sie eine konkrete Forschungsfrage aufgrund von Datenzugangsproblemen nicht erforschen konnten?	Einzelauswahl: Ja; Nein
16	Falls ja zu Frage 15: Um welche Fragestellungen oder Forschungsfelder handelte es sich dabei?	offenes Textfeld (maximal 300 Zeichen)
17	Welches Problem beim Datenzugang hatten Sie bereits?	Mehrfachauswahl: Vorhandene Daten wurden nicht bereitgestellt (z. B. wegen Datenschutz oder aus anderen Gründen); Vorhandene Daten wurden nicht detailliert genug oder nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt; Vorhandene Daten wurden nicht für eine ausreichende Zeitdauer bereitgestellt; Fehlende Verknüpfbarkeit von vorhandenen Daten; Kein Zugang, da benötigte Daten in D/A/CH nicht existieren; Kein Zugang, da benötigte Daten in D/A/CH nicht im erforderlichen Detail existieren; Die finanziellen Kosten des Datenzugangs waren zu hoch; Die organisatorischen Hürden für den Datenzugang waren zu hoch (z. B. nur Arbeiten am Ort des FDZ, kein Zugriff aus dem Homeoffice oder Verzögerungen bei der Datenfernverarbeitung); Der Datenzugang war nicht nutzerfreundlich organisiert; Informationen über verfügbare Daten waren schwer zu finden; Sprachliche Verständnisschwierigkeiten; Andere, nämlich … (max. 300 Zeichen)
18	Welches sind die aus Ihrer Sicht bis zu drei wichtigsten Mängel beim Datenzugang in D/A/CH?	Mehrfachauswahl: Daten existieren nicht; Zugriffsmöglichkeiten auf existierende Daten fehlen; Verknüpfung unterschiedlicher Datenprodukte untereinander nicht möglich; Restriktionen durch Datenschutzvorgaben; Finanzielle Hürden beim Datenzugang; Organisatorische Hürden beim Datenzugang; Sonstige; und zwar … (max. 300 Zeichen)
19	Welches Datenzugangsproblem kann aus Ihrer Sicht am einfachsten gelöst werden und wie?	offenes Textfeld (maximal 300 Zeichen)
20	Welches Datenzugangsproblem verdient als wichtigstes Problem aus Ihrer Sicht höchste Priorität für den Verein für Socialpolitik?	offenes Textfeld (maximal 300 Zeichen)

Anmerkungen: Dieser Beispielfragebogen beinhaltet alle 20 Fragen, die den Teilnehmenden gestellt wurden. In den tatsächlichen Fragebögen wurde „D/A/CH“ durch das jeweilige Land (Deutschland, Österreich oder Schweiz) ersetzt. Die Fragebögen in der Schweiz wurden auf Englisch erstellt.

Anhang 3: Zusätzliche Abbildungen

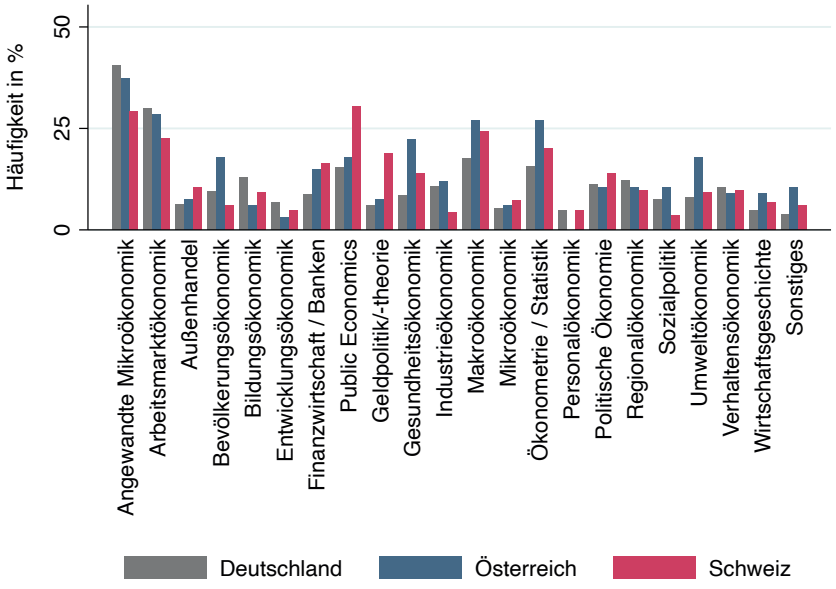

Abbildung A1: In welchem der folgenden Arbeitsgebiete verorten Sie Ihre zentralen Forschungsschwerpunkte?
Anmerkung: Frage 1 in der Befragung, N = 491 (D), 67 (A), 164 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

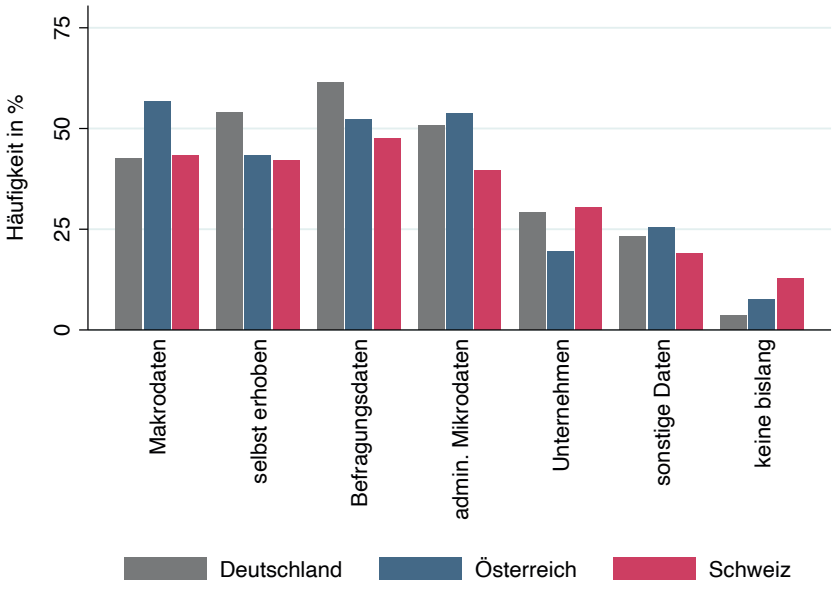

Abbildung A2: Mit welchen D/A/CH-Datensätzen haben Sie in den letzten 10 Jahren gearbeitet?
Anmerkung: Frage 5 in der Befragung, N = 490 (D), 67 (A), 164 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

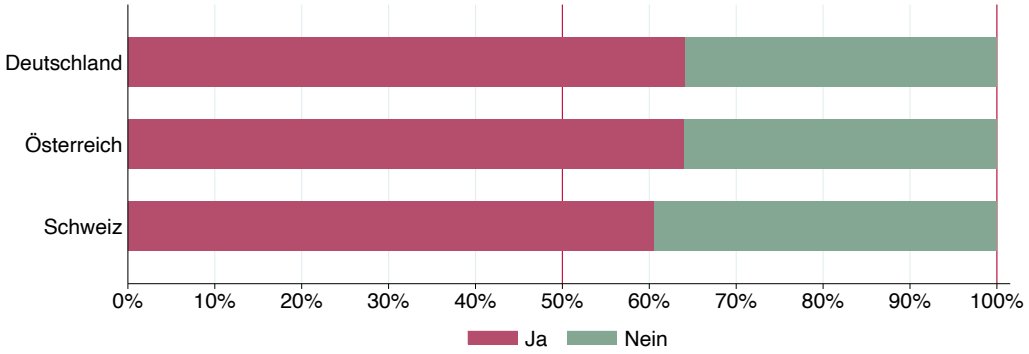

Abbildung A3: Konnten Sie in den letzten 10 Jahren Projekte aufgrund von Auflagen und Restriktionen beim Datenzugang nicht im gewünschten Umfang durchführen?
Anmerkung: Frage 8 in der Befragung, N = 480 (D), 64 (A), 142 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

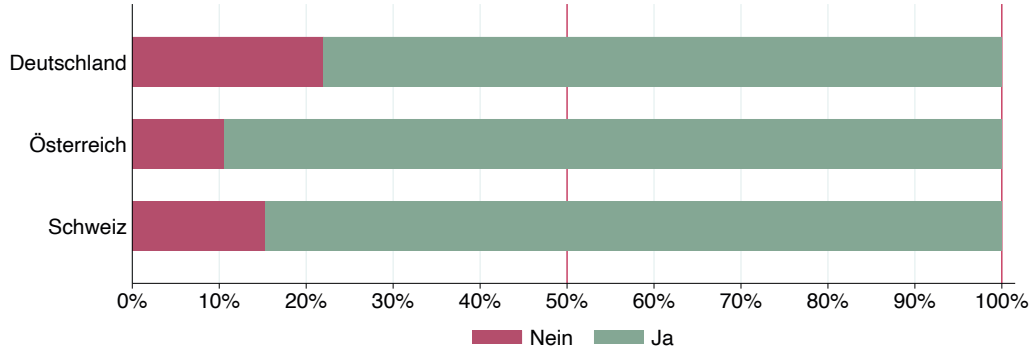

Abbildung A4: Haben Sie bereits mit Nicht-D/A/CH-Daten geforscht?
Anmerkung: Frage 9 in der Befragung, umgekehrte Antwortreihenfolge, N = 486 (D), 66 (A), 144 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

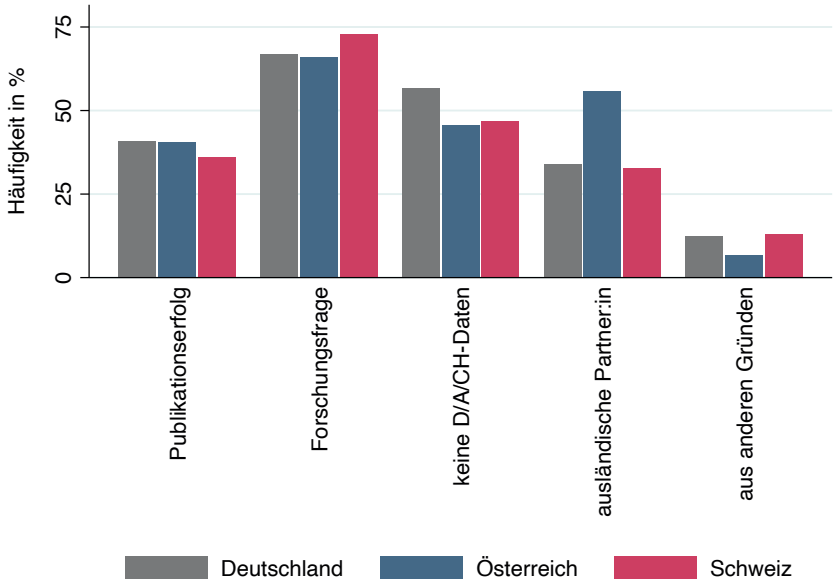

Abbildung A5: Welche Begründung für das Forschen mit ausländischen Daten trifft für Sie zu?
Anmerkung: Frage 10 in der Befragung, N = 377 (D), 59 (A), 122 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)

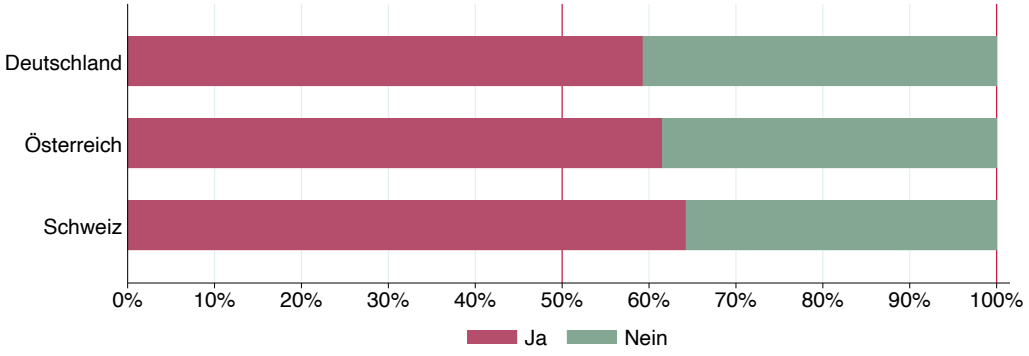

Abbildung A6: Haben Sie jemals die Erfahrung gemacht, dass Sie eine konkrete Forschungsfrage aufgrund von Datenzugangsproblemen nicht erforschen konnten?
Anmerkung: Frage 15 in der Befragung, N = 474 (D), 65 (A), 137 (CH)
Quelle: Auswertung der drei nationalen Erhebungen (VfS, NOeG, SGVS)